

Das lange Ende des Ersten Weltkriegs. Europa zwischen gewaltsamer Neuordnung und Nationalstaatsbildung

Veranstalter: Stiftung Ettersberg; Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

Datum, Ort: 21.04.2018, Erfurt

Bericht von: Daria Kozlova, Historisches Institut, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Infolge des Waffenstillstands der europäischen Großmächte an der Westfront bedeutete das Jahr 1918 de jure das Ende des Ersten Weltkriegs, der durch die Pariser Vorortverträge 1919/20 seinen endgültigen Abschluss fand. Dennoch brachte der Waffenstillstand vom November 1918 nicht für alle den erhofften Frieden, da es im Anschluss zu zahlreichen Bürgerkriegen, Grenzkonflikten und ethnischen Auseinandersetzungen, zum Zerfall von Imperien und zur Gründung neuer Nationalstaaten kam, was von FRANZ-JOSEF SCHLICHTING (Erfurt) und JÖRG GANZENMÜLLER (Weimar / Jena) in ihren Konferenzeröffnungen unterstrichen wurde. Letzterer gab eine kurze Einführung in das Thema und bezeichnete das 14-Punkte-Programm von Woodrow Wilson als Ausgangspunkt eines „langen Endes des Ersten Weltkriegs“. Obwohl Wilson in seinen 14 Punkten eine moralisch gerechte demokratische Ordnung für Europa vorgegeben hatte, indem er das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die öffentliche Kontrolle der internationalen Beziehungen durch die Gründung einer internationalen Organisation (des späteren Völkerbunds) vorschlug, nahmen die inneren Unruhen in Europa unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg nicht ab. Aus diesem Grund nahmen die Tagungsteilnehmenden die Jahre zwischen 1918/19 und 1923 als das „lange Ende des Ersten Weltkrieges“ besonders in den Blick.

So brachte der Beginn der Zwischenkriegszeit primär nur den westlichen Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs, nämlich Großbritannien und Frankreich, die langersehnte Friedenszeit. In beiden Ländern habe die tatsächliche Nachkriegszeit mit dem Ende der Kampfhandlungen an der Westfront angefangen, so ROBERT GERWARTH (Dublin) in seinem von JOCHEN BÖHLER (Jena) vorgelesenen Vor-

trag. Letzterer speiste sich überwiegend aus dem vor kurzem erscheinenden Buch Gerwarths „Die Besiegten: Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs“. Darin legt er dar, dass die Jahre 1918-1919 keinen Frieden für die Länder Ost-, Mittel- und Südosteuropas bedeutet hätten, sondern eine langjährige Gewaltperiode folgte, die von zahlreichen, fast immer blutigen Konflikten gekennzeichnet war. Seiner Meinung nach lassen sich drei Konflikttypen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg definieren: erstens zwischenstaatliche Konflikte, zweitens Bürgerkriege und drittens Revolutionen. Die zwischenstaatlichen Konflikte, wie beispielsweise der polnisch-sowjetische Krieg 1919-1921, wurden insbesondere dort ausgetragen, wo neue Staaten an die Stelle der untergegangenen Imperien traten oder in Folge des Zerfalls von letzteren gegründet worden waren. Bürgerkriege waren für Länder wie Finnland, Ungarn, Irland und Russland charakteristisch, wobei die Grenzen zwischen den zwischenstaatlichen Kriegen und Bürgerkriegen auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreichs fließend waren. Die Revolutionen 1917-1923 waren entweder soziopolitisch motiviert und insbesondere auf die Neuverteilung von Land, Macht und Vermögen ausgerichtet, wie in Russland, Ungarn oder Bulgarien, oder nationale Revolutionen, die infolge des Zerfalls der Imperien ausgelöst wurden und nach nationaler Selbstbestimmung mithilfe der Etablierung neuer Staaten strebten. Genauso wie man die Friedenszeit zwischen den beiden Weltkriegen in Europa nicht konkret bestimmen kann, bleibt die Frage nach den Verlierern und Gewinnern des Ersten Weltkriegs – abgesehen von den oben genannten Westmächten – offen: So portraitierte Gerwarth Italien als das 1918 zu den Siegern gezählte Land, das aber durch den Eindruck des „vittoria mutilata“ (dt.: verstümmelten Sieges) und des Regimewechsels nicht mehr als Sieger wahrgenommen werden kann, da das entstandene totalitäre Regime und die Gewalteskalationen eher den Verliererstaaten des sogenannten Großen Kriegs zuzuordnen sind. Laut Goerge Mosse hat die Gewalterfahrung des Kriegs die Entstehung des faschistischen, nationalsozialistischen und stalinistischen Regimes beeinflusst. Gerwarth kritisiert jedoch diese von Mosse in seinem Buch „Ge-

fallen für das Vaterland“ formulierte „Brutalisierungsthese“. Er sieht die Brutalisierung der europäischen Gesellschaft in den Nachkriegskonflikten begründet, die dann während der Zwischenkriegszeit und anschließend im Zweiten Weltkrieg in eine Gewaltspirale mündeten.

Wie die Weimarer Republik aus der Revolution und gewalttätigen Auseinandersetzungen gegründet wurde und wie diese Phase zur Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 beigetragen hat, wurde im Vortrag von MARK JONES (Dublin) zum ersten Fallbeispiel der Tagung, Deutschland, deutlich. Jones skizzierte die Hauptthesen seines kürzlich erscheinenden Buches „Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik“ und beschrieb, wieso es nicht möglich war, die Demokratie 1918/19 ohne Gewalt in Deutschland zu etablieren. Das Ende des Ersten Weltkriegs sei Jones zufolge ein Wendepunkt der deutschen Gewaltgeschichte gewesen. Die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland war ein besonderes historisches Ereignis, da die ‚Macht‘ im Gegensatz zu der klassischen Vorstellung über Machtzentren, wo Entscheidungen zentralistisch getroffen wurden, buchstäblich auf der Straße gelegen habe. Angst avancierte zu einem wichtigen Merkmal der deutschen Revolution: Die Revolutionäre waren ebenso wie die Bevölkerung gegen die Fortsetzung des Krieges. Zudem befand sich die Bevölkerung in einem Schockzustand, die Angst vor einem gewaltsamen Verlauf der Revolution war groß. Jones machte deutlich, dass nicht behauptet werden könne, die Weimarer Republik sei ohne Gewalt gegründet worden, da es mehrere bewaffnete Kämpfe, wie beispielsweise den Spartakaufstand in Berlin im Januar 1919, gegeben habe.

Der Frage der gewaltsamen Entstehung von Nationalstaaten auf den Trümmern der Imperien ging JOCHEN BÖHLER (Jena) in seinem Vortrag über Polen und die Ukraine nach. Dabei widmete er dem 1918 ausgebrochenen ethnisch-nationalen Konflikt um Ostgalizien besondere Aufmerksamkeit. Sowohl für die polnische, als auch die ukrainische Intelligenz war der Zerfall der Habsburgermonarchie Anlass, um auf die Erfüllung ih-

rer Nationalstaatsidee hinzuarbeiten. Im Konflikt um Ostgalizien wurde versucht, die Nationalstaatsgründung mit eigenen Streitkräften zu erzwingen, nämlich durch ukrainische und polnische paramilitärische Verbände, die sich aus der habsburgischen Armee herausgelöst hatten. Allerdings vertraten die Mobilisations- und Propagandazentren der polnischen und ukrainischen Seite nicht die Menschen, die in den umstrittenen Gebieten lebten: Für die in ihrer Mehrheit bäuerliche Bevölkerung spielten alltägliche Probleme des Nachkriegsalltags, wie Epidemien oder Versorgungsengpässe, eine weitaus wichtigere Rolle, als die Frage der nationalen Zugehörigkeit. Während die Polen in der Verwaltung der Habsburgermonarchie bevorzugt behandelt worden waren und die polnische Bevölkerung überwiegend in den großen Städten Ostgaliziens lebte, war die bäuerliche Bevölkerung der Region überwiegend ukrainisch. Die Motivation der ukrainischen Bewohner Ostgaliziens lag daher darin, leitende Positionen in der Verwaltung der Region zugesprochen zu bekommen. Böhler vertrat die Ansicht, dass der Nationalstaatsgründungsgedanke nicht alle polnischsprachigen Bevölkerungsteile in den Gebieten Ostgaliziens gleichmäßig beschäftigt habe. Aus diesem Grund müsse der offizielle, von geschichtspolitischen Interessen geprägte Duktus zum polnisch-ukrainischen Konflikt nach 1918 mit größter Vorsicht betrachtet werden, so Böhler.

SABINA FERHADBEGOVIĆ (Jena) präsentierte mit Jugoslawien das nächste Fallbeispiel eines neugegründeten und vor 1918 inexistenten Staates. Ferhadbegović argumentierte, dass die Erfahrungen der panslawischen Nationalbewegung, des serbischen Geheimbundes und der Balkankriege 1912/13 in Bezug auf die Bedeutung der Kriegserfahrung der südslawischen Bevölkerung für die Staatsgründung eine größere Rolle gespielt hätten, als der Erste Weltkrieg. Obwohl die serbische Armee nach dem Untergang des Habsburgerreichs relativ schnell für die Sicherheit im neugegründeten Jugoslawien gesorgt habe, kam es zwischen 1919 und 1920 auch in Jugoslawien zu lokalen Gewaltausbrüchen wie Bauernaufstände oder Konflikten zwischen der Untergrundbewegung und der serbischen wie auch später jugoslawischen Armee.

Der Frage der Rolle von Gewalt bei der Gründung des türkischen Nationalstaats ging DENNIS DIERKS (Jena) in seinem Vortrag nach, und skizzierte zunächst die Vorgeschichte der Nationalstaatsbildung, wie beispielsweise die Rebellion der Jüngtürken gegen den Sultan 1908 im Hinblick auf drei verschiedene Loyalitätsmodelle – den Osmanismus, der den auf den Sultan zentrierten Reichspatriotismus propagierte, den Panislamismus im Sinne der Einheit aller Muslime, und den ethnisch konstruierten türkischen Nationalismus. Das Kontinuum der Gewalt, das den Zeitraum bis zur Gründung der Republik Türkei nach dem Ersten Weltkrieg kennzeichnete, stellte Dierks am Beispiel der derzeitigen nationalistischen staatlichen Geschichtspolitik dar. Besonders deutlich würde die nationalistische Ausrichtung der Geschichtspolitik der Türkei bei der Darstellung des Genozids an den Armeniern und anderer osmanischer Konflikte in den Jahren unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs: Anhand eines Schulbuchs für das Fach Geschichte für die 10. Klasse demonstrierte Dierks, dass der offizielle Duktus im Zusammenhang mit dem Genozid an den Armeniern laute, die Gewalt sei von den Armeniern, die sich mit den ausländischen Mächten (Russland, Großbritannien, Frankreich) gegen das Osmanische Reich verschworen hätten, ausgegangen.

Die Tagung beschloss GERHARD PAUL (Flensburg) mit einem Vortrag zu den Erinnerungsorten des Ersten Weltkriegs in Ton, Wort und Bild. Paul zufolge sei der Erste Weltkrieg der erste Krieg gewesen, der sich der neuaufgekommenen Medien des Informationszeitalters bedient hätte, was die literarischen, akustischen und visuellen Erinnerungsorte beweisen, die während und nach dem Krieg hinterlassen wurden. So wurden beispielsweise Fotografien zum ersten Mal koloriert und die Alltagsgeschichte des Kampfs an der Front fand ihre Verkörperung in Gemälden und Bildern (Otto Dix „Leuchtkugel“, 1917), in literarischen Werken und in akustischen Kunstwerken, die nicht nur das Trommelfeuer, sondern auch die Stille an der Front versuchen darzustellen. Auch der Spielfilm trug mithilfe der Kakophonie und anderen Geräuschen zu einer nie dagewesenen realistischen akusti-

schen Darstellung des Krieges bei, wie etwa im Film „Im Westen nichts Neues“ von 1930. Grundsätzlich sahen die Künstler den Ersten Weltkrieg als eine künstlerische Herausforderung und versuchten, viele unbekannte Seiten des Kriegs offen zu legen. Dazu gehörte beispielsweise das menschliche Leiden während und auch nach dem Krieg, wie es im Buch „Krieg dem Kriege“ von Ernst Friedrich und auf dem Gemälde „Kriegsverletzter“ von Otto Dix dargestellt wurde.

Das offizielle Ende des Ersten Weltkriegs 1918/1919 hat nicht nur zahlreiche gewalttätige Konflikte und Revolutionen im „Zeitalter der Extreme“ ausgelöst, die zur Gründung neuer Nationalstaaten führten, sondern gleichzeitig die neue, moderne Vermittlung der Kriegsgeschichte begründet. Die Wahrnehmung des Ersten Weltkriegs und seines langen Endes ist eine nationale, da die Jahre von 1917 bis 1923 das kollektive Gedächtnis Ost-, Mittel- und Südosteuropas sowie das des Nahen Ostens und Irlands bis heute prägen. So wird die Geschichte des sogenannten Großen Kriegs von den Erzählungen über die nationalen Staatsgründungen oder die nationalen Befreiungsbewegungen verdrängt. Ein gutes Beispiel hierfür ist die kurze Phase der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine 1918, die eine wichtige Bedeutung in den politischen Debatten der Gegenwart besitzt. Auch in der Türkei oder in Polen spielt die Gründung der Nationalstaaten nach dem Ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle innerhalb einer stark nationalorientierten Geschichtspolitik. Daran wird ersichtlich, dass die Geschichte des Ersten Weltkriegs viel komplexer ist, als es die im Westen bis heute weit verbreitete Reduzierung des Konflikts auf die kriegerischen Auseinandersetzungen an der Westfront vermuten lässt. Die Tagung hat zudem deutlich gemacht, dass die historische Signatur vom Kriegsende 1918 zumindest im Hinblick auf die zahlreichen Konflikte im Osten und Südosten Europas in Frage gestellt werden muss.

Konferenzübersicht:

Franz-Josef Schlichting (Landeszentrale für politische Bildung Thüringen) / Jörg Ganzenmüller (Stiftung Ettersberg): Begrüßung und Einführung

Robert Gerwarth (Centre for War Studies,

University College Dublin), vorgetragen von
Jochen Böhler (Imre Kertész Kolleg Jena):
Kriege und Konflikte als Erbe des Ersten Welt-
kriegs

Mark Jones (Centre for War Studies, Universi-
ty College Dublin): Deutschland

Jochen Böhler (Imre Kertész Kolleg Jena): Po-
len und die Ukraine

Sabina Ferhadbegović (Friedrich-Schiller-
Universität Jena): Jugoslawien

Dennis Dierks (Friedrich-Schiller-Universität
Jena): Türkei

Gerhard Paul (Universität Flensburg): Visuel-
le und akustische Erinnerungsorte des Ersten
Weltkriegs

Tagungsbericht *Das lange Ende des Ersten Welt-
kriegs. Europa zwischen gewaltsamer Neuord-
nung und Nationalstaatsbildung*. 21.04.2018, Er-
furt, in: H-Soz-Kult 09.07.2018.